

# Die Gedanken sind frei

Deutschsprachiger Rundbrief des Internationalen Verbandes für Freidenkertum

AILP-IAFT, 10/12 rue des Fossés-Saint-Jacques, F-75005 Paris

<https://www.internationalfreethought.org/>

## UN-Menschenrechtsrat : Deutschland auf dem Prüfstand

GENF – UNO : Die allgemeine regelmäßige Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR) ist eines der wichtigsten Instrumente des UNO-Menschenrechtsrats. Anlässlich der UPR wird die Menschenrechtslage in allen UNO-Mitgliedstaaten überprüft. Nach der Schweizerischen Eidgenossenschaft (im Februar 2023) stand ausgerechnet am 9. November 2023 die Bundesrepublik an der Tagesordnung. Die IAFT-Vertretung beim UN-Menschenrechtsrat berichtet.

**Zunächst vorgestellt wurde der 22-seitige Bericht, den die Bundesrepublik in eigener Sache vorgelegt hat.** Nach einer Erinnerung an die internationalen Menschenrechtsverträge, die Deutschland unterzeichnet hat, wurde die Arbeit des zuständigen politisch unabhängigen, vom Staat finanzierten Gremium DIMR (Deutsches Menschenrechtsinstitut) besprochen. Es folgte ein thematischer Überblick. Erwähnt wurden folgende thematische Schwerpunkte : Menschenrechte als Bildungsthema, umstrittene polizeiliche Praktiken wie *racial profiling*, Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung, Einhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung und Jugendschutz. Hervorgehoben wurde unter anderem das kostenlose und inklusive Bildungssystem. Dass die Bundeswehr Minderjährige ab 17 rekrutiert, wurde erwartungsgemäß mit weniger Begeisterung genannt. In Bezug auf Frauenrechte wurden Gleichstellungsindikatoren mit Fortschritten und (zum Teil covidbedingten) Rückschritten dargestellt. Zu den positiven Maßnahmen zählt nach eigenen Angaben die Stärkung des Rechts auf Abtreibung. Drei weitere wichtige Themen sind Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen und LGBTQ+-Rechte. Der Eigenbericht schließt mit den Rechten von religiösen Minderheiten, Migranten und Flüchtlingen (darunter 1 Million Ukrainer).

**Der Bericht des UN-Menschenrechtsrates (14 Seiten) zeigte sich kritischer.** Der Bericht stellte Mängel und Bedenken in den folgenden Bereichen fest: Gleichheit und Nichtdiskriminierung, Verschwinden von Frauen, Fremdenhass und innere Sicherheit. **Fortsetzung auf Seite 2.**

---

**Auch in dieser Ausgabe von  
*Die Gedanken sind frei:***

- eine Initiative der IAFT-Vertretung bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats
- Neues zu den Verbrechen der Kirchen

### Kirchen und Staat in Deutschland – Eine Dokumentation der IAFT

Jährliche Staatsleistungen in Milliardenhöhe ; Kirchensteuer ; ein bis heute währendes Konkordat aus Juli 1933 ; Zehntausende Beschäftigte, denen der Schutz durch das Arbeitsrecht im Namen des Kirchenrechts abgelehnt wird ; Religion als staatlich subventioniertes Pflichtfach in der Mehrheit der Länder : Was in der Bundesrepublik im Namen der Religionsfreiheit geschieht, ist vielmehr ein massiver Eingriff der etablierten Konfessionen in das politische und gesellschaftliche Leben, sowie in das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger. Im Namen der Religionsfreiheit wird die individuelle Gewissensfreiheit zugunsten kirchlicher Bürokratien missachtet. Der ständige Kampf der Völker für die Freiheit, auch die Gewissensfreiheit, ist ein universelles Anliegen. Der Kampf für die Trennung von Staat und Kirchen ist also ebenfalls ein universeller Kampf. Je nach Ländern gibt es aber deutliche Unterschiede, die auf die nationale Geschichte zurückzuführen sind und auf welche die Freigeistigen aus anderen Ländern erst aufmerksam gemacht werden sollen. Die IAFT legt jetzt eine viersprachige Dokumentation vor, die die Ergebnisse der bisherigen Recherchen aus der deutschen säkularen Szene bündig zusammenfasst und der internationalen freigeistigen Öffentlichkeit zugänglich macht.

**Bestellformular auf Seite 3**

## UN-Menschenrechtsrat : Deutschland auf dem Prüfstand (Fortsetzung)

Sicherheitspolitisch wurden vor allem die Sicherheitsverwahrung sowie die übermäßige Macht der Strafverfolgungsbehörden im Falle eines Terrorismusverdachts angepeilt. Die Gefahr der Zensur im Internet und die Kriminalisierung von Verunglimpfung wurde als eine Bedrohung für die Meinungsfreiheit eingestuft. Thematisiert wurde aber auch die Diskriminierung muslimischer Frauen, die ein Kopftuch tragen. In Sache Kinderschutz wurde daran erinnert, dass es in Deutschland noch Kinder gibt, die gezwungenermaßen in geschlossenen Einrichtungen leben. **Auch die deutsche Sozialpolitik wollte der Menschenrechtsrat nicht mit der rosaroten Brille sehen** : Dass der nationale Mindestlohn noch nicht erreicht wird, wurde nachdrücklich bemängelt. Ebenso kritisiert wurde das fehlende Streikrecht von Beamten fehlt. Was die deutsche Diplomatie angeht, wurde zwar die Anerkennung des Völkermords in Namibia gelobt, aber es wurde auch unterstrichen, dass sie kein Recht auf Wiedergutmachung geöffnet hat. Schließlich wurde die ungleichmäßige Behandlung zwischen ukrainischen und afrikanischen sowie asiatischen Migranten hervorgehoben.

Anschließend ergriffen deutsche Menschenrechtsorganisationen das Wort, beginnend mit dem DIMR. Auch sie zeigten sich ziemlich kritisch: **die Anti-Diskriminierungsmaßnahmen wurden als teilweise ineffizient beschrieben** und das Fehlen spezifischer Maßnahmen für LGBTQ+-Personen wurde stark bemängelt. **Nochmals wurde die sozialpolitische Dimension von Menschenrechten kritisch hervorgehoben.** Vor allem nimmt die Armut in der Bevölkerung zu, insbesondere bei Kindern von alleinerziehenden Müttern. Andere kritische sozialpolitische Punkte sind der Mangel an Finanzmitteln für Flüchtlinge und Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind ; die fehlende Ausbildung der Ärzte, wenn es um den Umgang mit behinderten Personen geht, insbesondere Frauen. Die **ungleiche Behandlung von Flüchtlingen je nach Heimatland** wurde bekräftigt. Schließlich wurde das Fehlen "konkreter, messbarer und verbindlicher Klimaziele" als ein Problem mit erheblichen möglichen Folgen für Menschenrechte erwähnt.

36 Verbände und Gruppierungen meldeten sich insgesamt (deutsche, britische, internationale, französische, holländische). Amnesty International äußerte sich unter anderem zu Namibia und zum Spionagesoftware Pegasus. Andere Redner betonten die zunehmende Armut, vor allem unter Frauen : Der Abstand zwischen dem Lohn von Frauen und Männern hat sich auf 18,6% vertieft. Aus säkularer Sicht interessant ist auch, dass manche Kirchen den Migranten die Bekehrungen nahegelegt haben sollen, als ein Weg, um das Asylrecht leichter zu erhalten.

In der allgemeinen Diskussion gab es 100 Wortmeldungen aus 55 Staaten. Je nach Land wurden unterschiedliche Themen erwähnt, etwa die Positionierung Deutschlands im israel-palästinensischen Konflikt, die Diskriminierung von Moslems, die Haltung zu Russland. Dass Deutschland das Übereinkommen Nr 169 der Internationalen Arbeitsorganisation zu den Rechten eingeborener Völker 2021 ratifiziert hat, wurde mehrmals positiv kommentiert. Zu den rekurrenten kritischen Punkten zählten die Rechte von Sinti und Roma, die Rüstungsexporte, Kinderarmut, Frauenrechte, Arbeitsrechte, zum Teil in Beziehung mit der Diskriminierung von Migranten. In ihren Antworten unterstrich die Bundesregierung ihr Bekenntnis zur humanitären Hilfe für Gaza und zeigte sich besorgt über den zunehmenden Antisemitismus. Ein Gesetz zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern wurde in Aussicht gestellt. **Insgesamt gab es im Bereich von Antidiskriminierungsmaßnahmen, Frauenrechte, Kinderarmut und Sozialpolitik in den Antworten der Bundesregierung nur wenig konkretes Material.** Schließlich wurde der Einsatz von Minderjährigen im Bundeswehr als marginal bis inexistent heruntergespielt. Nach einer kurzen Überprüfung erweist sich jedoch, dass die Bundeswehr sehr wohl für die Rekrutierung von 17-jährigen wirbt. Die TAZ vom 21.1.2023 nannte die Zahl von 1800 17-jährigen Rekruten in der Bundeswehr allein für 2022, Tendenz steigend. Zu diesem Thema sollte also Klarheit geschaffen werden ! -- MG

## Missbrauch-Affären und kein Ende :

### Über die Verbrechen der Kirchen

Lange sah es so aus, als würde die katholische Kirche in der endlosen Reihe von Skandalen um den Sexualmissbrauch durch Priester fast alleine da stehen, zumindest in Europa und Nordamerika. **Aber in den letzten Wochen wurde auch die Evangelische Kirche in Deutschland von ihrem eigenen Versagen eingeholt.** Der bisherige Höhepunkt der Krise ist zweifelsohne der Rücktritt der EKD-Ratsvorsitzenden Annette Kurschus. Der Fall gibt zu bedenken, nicht zuletzt weil er zeigt, dass die römisch-katholische Kirche keine Ausnahme bildet. Zur systemischen Missbrauchskultur sind offensichtlich drei Faktoren von höchster Wichtigkeit : Erstens, Obrigkeitsdenken und eine fest etablierte Praxis der geistigen Konditionierung von Kindern und Jugendlichen ; zweitens, eine auf Verleugnung, Verdrängung und Verheimlichung beruhende Sexualmoral für die Laien und noch mehr für den Klerus ; drittens, eine bürokratische, streng hierarchische Organisation, die sich gegen die Klagen individueller Opfer wehrt.

Der besondere Ausmaß dieser Verbrechen in der römisch-katholischen Kirche gegenüber protestantisch-evangelischen Kirchen ist statistisch belegt und hängt wohl damit zusammen, dass die römisch-katholische Kirche in allen drei Bereichen einen Extremfall darstellt. Erstens verfügt sie tendenziell über ein dichteres Netzwerk an Schulen und Institutionen für das jüngere Publikum. Zweitens begünstigt sie mit dem Gebot des priesterlichen Zölibat eine Extremform der sexuellen Verdrängung und Vertuschung in den eigenen Reihen. Drittens und schließlich beruht sie organisationell teilweise auf mehreren Orden und Kongregationen mit einer eigenen Hierarchie innerhalb einer an sich schon streng bürokratisierten Struktur : wehrhafte, opake Institutionen innerhalb einer wehrhaften opaken Institution.

Die EKD ist in keinem dieser Bereiche so extrem veranlagt wie die römisch-katholische Kirche ; aber sie ist auch für alle drei Risiken sehr anfällig : Sie ist auch eine opake Bürokratie und beansprucht die sittliche Erziehung von Kindern für sich und ihre Priester, und zwar auf der Grundlage einer auf Verdrängung pochenden Sexualmoral. **In vielen Ländern der Welt lässt sich dasselbe über andere Konfessionen sagen, die in Europa noch geschont werden** – das gilt allen voran für den Buddhismus.

**Diese internationale Perspektive liegt im Vordergrund des bevorstehenden internationalen Freidenkerkongresses der IAFT, der im Oktober 2025 in Lyon (Frankreich) stattfinden wird,** dem Bischofssitz des französischen Primus der römisch-katholischen Kirche sowie einer Hochburg der Vertuschung von priesterlichen Sexualverbrechen. -- PM

### Bestellformular Kirchen und Staat in Deutschland

Ich möchte \_\_\_\_\_ Exemplare zu je 5€ beziehen.

Porto : 10€ für 1 Exemplar : 15€ insgesamt für 2-3 Exemplare : 18€ für 4-9 Exemplare.

Gesamtbetrag :

Vorname und Name :

Adresse :

PLZ und Ort :

LAND :

Bitte zurückschicken mit der entsprechenden Bargeldsumme an :

IAFT/AILP, Fédération Nationale de la Libre Pensée, 10/12 rue des Fossés-Saint-Jacques, F-75005 Paris

Die Exemplare können auch portofrei bei der freigeistigen Buchhandlung der IAFT-Zentrale in Paris erworben werden (zu je 5€).

# Staatliche konfessionsfreie Schulen gehören in die Europäische Menschenrechtskonvention !

STRASSBURG – EUROPARAT : Die ständige Vertretung der IAFI beim Europarat (ER) hat in diesem Herbst einen Aufruf an die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des ER veröffentlicht, um die Konfessionsfreiheit an der Schule zu fördern. Unterstützt war der Aufruf durch Verbände und Persönlichkeiten aus der freigeistigen Szene von Spanien, Frankreich, Luxemburg, Deutschland, Italien, Belgien und Griechenland. Die IAFI hat auch Termine bei den Botschaftern von ER-Mitgliedsländern beantragt und wird über die Folgen der Initiative berichten.

## An die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und ihre Fraktionen

Seit seiner Gründung 2011 in Oslo bildet der Internationale Verband für Freidenkertum (AILP/IAFI) die Dachstruktur für Freidenkerinnen und Freidenker aus der ganzen Welt, die sich dort entweder durch persönliche Mitgliedschaft oder über den Beitritt ihres Verbandes versammeln.

Die IAFI hielt ihren 8. Kongress im April 2022 in Madrid, und befasste sich dort mit dem Thema "Bildung". Vorliegender Brief ist eine Fortsetzung der politischen Reflexion, die sich aus den Beschlüssen des Madrider Kongresses ergaben. Die internationalen Treffen von Säkularen, Humanisten und Freigeistigen haben oft die Rolle der Bildung als Instrument der Emanzipation erörtert und die politischen Auseinandersetzungen um dieses Thema begleitet, insbesondere im 20. Jahrhundert.

**Der Aufbau von emanzipatorischen Bildungssystemen ist aber immer noch kein abgeschlossener Prozess.**

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), deren Hüter die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sind, wurde im Jahr 1952 durch ein Zusatzprotokoll zum Thema Bildung erweitert. Wie Sie wissen, ist die EMRK ein wichtiges Instrument im Dienste der Bürgerrechte; das Gleiche gilt für den Gerichtshof, der über ihre Anwendung waltet. **Der derzeitige Wortlaut dieses grundlegenden Dokuments schützt jedoch nicht den Zugang aller Bürger zu einer freien und konfessionsfreien öffentlichen Schule.** Dies ist aber die einzige Möglichkeit, die Gleichheit zu gewährleisten und allen Kindern die Möglichkeit der Bildung zu geben.

Wir bitten Sie daher, einen diesbezüglichen Änderungsantrag auf die Tagesordnung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aufzunehmen. **Wir bitten darum, dass eine Änderung des 1952er Zusatzprotokolls geprüft wird, um das Recht auf eine freie, öffentliche und konfessionsfreie Schule zu gewährleisten.** Gerne treffen wir uns mit Ihren Fraktionen im Rahmen des Freigeistigen Europäischen Koordinationsbüros (BECLP) zu treffen, um mit Ihnen über dieses Thema zu diskutieren und zu argumentieren.



**Frohe Winter-Sonnenwende !**

(Archiv der Leipziger sozialistischen Freidenker, 1929)